

„Frist ist Frust“: Bessere Lehre braucht mehr Dauerstellen

STUDIUM UND LEHRE STÄRKEN Zukunftsvertrag für Entfristungen nutzen

Im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ fließen vom Bund von 2021 bis 2023 pro Jahr 1,88 Milliarden Euro und 2,05 Milliarden Euro jährlich ab 2024. Ebenso viel Geld geben die Länder. Für „Innovation in der Hochschullehre“ gibt es nur noch 150 statt bisher 200 Millionen Euro jährlich. Mit dem „Pakt für Forschung und Innovation“ zahlen Bund und Länder von 2021 bis 2030 rund 120 Milliarden Euro für die außeruniversitäre Forschung und die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft).

Nach monatelangem Tauziehen haben sich Bund und Länder Anfang Mai auf drei Pakte geeinigt, die in der nächsten Dekade die deutsche Wissenschaftslandschaft wesentlich prägen werden. Die wichtigste Botschaft: Mit dem Hochschulpakt-Nachfolger „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ steigt der Bund dauerhaft in die Finanzierung der chronisch knappen Hochschulen ein und bringt ihnen mehr Planungssicherheit – ein notwendiger und längst überfälliger Schritt.

Von Sabine Ohnesorg
und Patrik Zeimetz

Es gab aber auch Enttäuschungen: Um Tariferhöhungen und Inflation auszugleichen, wollten die Länder die Mittel aus dem Zukunftsvertrag dynamisieren, also wie bei der Forschungsförderung über den „Pakt für Forschung und Innovation“ einen jährlichen Aufwuchs um drei Prozent. Dem erteilte der Bund jedoch eine Absage – Lehre sei nun mal Länderhoheit. Stattdessen wird es im Jahr 2024 eine einmalige Erhöhung geben, die aber die geforderte Dynamisierung nicht ganz abdecken dürfte.

Trotz der anhaltend hohen Studiennachfrage bleibt das Budget für Studium und Lehre also weiter angespannt. Die Her-

ausforderungen werden aber nicht weniger. Denn unter dem Ansturm auf die Hochschulen hat die Qualität von Studium und Lehre spürbar gelitten. Mehrfach hat sogar der Wissenschaftsrat eine Verbesserung der Betreuungsrelationen an deutschen Hochschulen angemahnt. Die gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Bereits im Hochschulpakt 2020 hielt die Finanzierung nicht Schritt mit den tatsächlichen Kosten. Für die auch politisch gewollten Qualitätsverbesserungen hätte der Zukunftsvertrag daher finanziell besser ausgestattet werden müssen. Dazu konnte sich die Politik im föderalen Gezerre aber nicht durchringen.

Wichtige Chance
wurde vertan

Gleiches gilt leider auch für die Forderungen von GEW, ver.di und dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft. Mit ihrer gemeinsamen Kampagne „Frist ist Frust“ wollen sie die nun unbefristet fließenden Fördermittel auch an Dauerstellen koppeln. Zwar hatte sich der Bund für diesen Parameter als Vergabekriterium stark gemacht, scheiterte aber am Widerstand der Länder. Damit wurde eine wichtige Chance vertan, den hohen Befristungsquoten von bis zu 90 Prozent einen Riegel vor-

zuschieben und wirksame Anreize für bessere Beschäftigungsbedingungen im akademischen Mittelbau zu setzen. Gute Wissenschaft braucht aber Gute Arbeit. Und Daueraufgaben wie etwa in der Lehre müssen auch mit Dauerstellen abgesichert werden – nur dann lassen sich Lehre und Studium in der breiten Fläche nachhaltig verbessern.

Der Kampf um eine „Entfristungsoffensive“ geht also weiter – nun auf Ebene der Länder und Hochschulen. Bis Mitte Januar 2020 muss jedes Land in Verpflichtungserklärungen seine Schwerpunkte für den Einsatz der Zukunftsvertragsmittel benennen und mit Indikatoren unterlegen. Verbindliche Zielquoten zur Entfristung und eine transparente Kontrolle der Zielerreichung gehören hier aus Beschäftigtensicht zwingend dazu. Das gilt auch für das Saarland. Sind die Hochschulen durch das harte Spardiktat der Landesregierung ohnehin schon nicht auf Rosen gebettet, ist derzeit aber noch absolut unklar, wie viele Bundesgelder vor Ort ankommen und dann auch in gleicher Höhe vom Land kofinanziert werden müssen. Diese Unsicherheiten dürfen im Zweifel nicht den Hochschulen aufgebürdet werden.

Die harten Sparzwänge der letzten Jahre haben den Hochschulen und ihren Beschäftigten wie Studierenden einiges abverlangt. Im von der Saar-Koalition angekündigten „Jahrzehnt der Investitionen“ ist es nun auch an den hiesigen Hochschulen Zeit für substanzielle Verbesserungen und planbare Perspektiven – konkret, verbindlich und transparent.

Sabine Ohnesorg leitet das Referat Wissenschaft und Hochschulen der Arbeitskammer. Patrik Zeimetz ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der GEW Saarland.



Auch an der Universität des Saarlandes gibt es hohe Befristungsquoten für wissenschaftliche Mitarbeiter, die einen Großteil der Lehre stemmen.